



VORARLBERGER MUNDART. Rheintal

„D' Jöhrle gönd wia gfloga.“

die Zeit vergeht rasch

QUELLE: VORARLBERGER MUNDARTWÖRTERBUCH, HUBERT ALLGÄUER



Rankweil mit frühem Silvesterblasen

RANKWEIL In Rankweil findet das traditionelle Silvesterblasen der Bürgermusik dieses Jahr bereits einen Tag früher statt. Heute, Samstag, 30. Dezember, spielt die Musik an unterschiedlichen Orten in der Marktgemeinde (auch in Brederis) und lässt so das alte Jahr musikalisch ausklingen, während das neue begrüßt wird. Der erste Auftritt ist um 9.30 Uhr bei der Metzgerei Summer angesetzt, das Finale erfolgt dann, so der Plan, ab 14.55 Uhr beim Rankweiler Hof.



Ende kommender Woche öffnet der Wildpark in Feldkirch wieder. VN/RHOMBURG

Wildpark öffnet Ende nächster Woche

FELDKIRCH Auch am Silvesterwochenende bleibt der Feldkircher Wildpark geschlossen. Die Aufräumarbeiten nach dem Sturm Mitte Dezember sind noch immer im Gang. Aber Ende kommender Woche, also zu Dreikönig, wird der Park wieder geöffnet, erklärt Betriebsleiter Christian Amann. Geschlossen bleibt bis Ende Jänner der Kiosk und auch viele Waldwege abseits des Wildparks werden aus Sicherheitsgründen noch gesperrt bleiben. VN-GMS

1000 Euro für die Krankenpflege

DORNBIERN Die Apotheke im Dornbirner Hatlerdorf hat sich entschlossen, ab 1. Jänner nur mehr Papiertaschen auszugeben. Darauf sind Logos verschiedener Firmen abgedruckt, womit die Apotheke 1000 Euro sammeln konnte, die sie an den Krankenpflegeverein spendete. Dessen Obmann Heinz Wohlgenannt war erfreut: „Solche Aktionen haben eine große Vorbildwirkung.“



Spenderin Silvia Rief-Kirsch mit Empfänger Heinz Wohlgenannt. ERH

Geld aus möglichst vielen Töpfen schöpfen

Die Abschaffung des Pflegeregresses wird nur bedingt wirksam.

SCHWARZACH Pflegeregress weg, und das Geld bleibt in der Familie? Mitnichten. Trotz Abschaffung wird die Heimpflege für bedürftige Personen weiterhin kein Nullsummenspiel. Das Land will auch künftig aus allen Töpfen schöpfen, die Geld abwerfen. Das geht aus einem Schreiben der zuständigen Abteilung an Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften hervor. Demnach muss neben Pension oder Rente und dem Pflegegeld ebenso das Einkommen aus Vermögen zur Abdeckung der kostspieligen stationären Betreuung erhalten.

Unterschiedliche Auffassungen

Unter anderem betrifft dies auch Schenkungszinsen, wenn sie Unterhaltscharakter haben, sprich, der Heimbewohner über kein sonstiges Einkommen mehr verfügt. Bei diesem Punkt scheiden sich allerdings die Rechtsmeinungen. Juristen wie der Dornbirner Rechtsanwalt Stefan Denifl bezweifeln, dass diese Regelung hält. Selbst Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker ist sich nicht sicher. Die nun festgelegten Maßnahmen bezeichnet sie als Versuch, mit der nach wie vor unklaren Situation umzugehen. Denn mehr als die Abschaffung des Pflegeregresses hat der Nationalrat im Sommer nicht beschlossen. Es gibt bislang weder Lösungen für eine Gegenfinanzierung noch Übergangsbestimmungen. Letztere vermisst Katharina Wiesflecker besonders. „Deshalb war es notwendig,



Die stationäre Pflege ist ein teures Gut. Nach dem Fall des Pflegeregresses sind finanzielle Mittel von den Ländern dringend gesucht. DPA

Klarheit zu schaffen und diese auf die vorhandenen Gegebenheiten abzustimmen“, sagt sie. Will heißen, das Land greift nach wie vor auf alles Monetäre von Heimbewohnern zu, was möglich ist.

Dazu zählen Zinsen aus Wertpapieren und Sparbüchern, Erträge aus Vermietungen und Verpachtungen, Versicherungsleistungen, Ausgedinge und Leibrente, Unterhalt von Ehepartnern oder eingetragenen Partnern und eben Schenkungszinsen. Wer also Mindestsicherung zur Finanzierung des Heimaufenthaltes eines Angehörigen beantragt, kommt auch nach

dem 1. Jänner 2018 nicht umhin, die entsprechenden Angaben im Formular kundzutun. Stefan Denifl, der immer wieder mit Anfragen zu dieser Thematik konfrontiert ist, versteht, dass sich das Land möglichst viele Ersatzansprüche sichern will. Ebenso, dass laufenden Einkommen angetastet wird. Dass auch Schenkungszinsen darunterfallen sollen, kann er jedoch nicht nachvollziehen. Vor allem, weil dieses Vorhaben aus seiner Sicht juristisch alles andere denn hieb- und stichfest ist. Er rechnet für das kommende Jahr deshalb mit zahlreichen Verwaltungsverfahren.

„Die sind vorprogrammiert“, meint er. Und: „Ich bin schon gespannt, wie das Landesverwaltungsgericht und die Höchstgerichte entscheiden werden.“

Wechsel in Mindestsicherung

Auch Katharina Wiesflecker weiß von einer starken Verunsicherung in der Bevölkerung. Im Grunde sei immer noch alles in Schwebelage, weshalb sich das Land auf eine eigene Vorgehensweise verständigt habe. Immerhin gehen summa summarum an die 40 Millionen Euro durch den Wegfall des Pflegeregresses verloren. Laut Wiesflecker ist zudem damit zu rechnen, dass 2018 immer mehr Selbstzahler in die Mindestsicherung wechseln. Derzeit machen sie ein Viertel bis ein Drittel der Heimbewohner aus. Dann müssten weitere 20 Millionen Euro gegenfinanziert werden.

Um dem befürchteten Druck auf die Pflegeheime gegenzusteuern, sollen Aufnahmen künftig erst ab Pflegegeldstufe 4 möglich sein. Außerdem muss das regionale Case Management beigezogen werden. Daneben wird an der Personalschraube gedreht. So fordert Wiesflecker neben Maßnahmen zur Personalbindung eine rasche Aufstockung der Ausbildungsplätze an der Fachhochschule.

MARLIES MOHR
marlies.mohr@vn.at
05572 501-385



QUIZ

In welcher Bregenzerwälder Gemeinde lebte der Schriftsteller, Sozialreformer und Bauer Franz Michael Felder?

- A Bezaun
- B Hittisau
- C Schoppernau
- D Mellau

Antwort auf »F3

HINTER DEN KULISSEN. Politik, Personen und Parteien

ZITATE DER WOCHE

Von Möbelriesen und viel „Kohle“ für Werbung

STREITBAR Die Suche nach gewinnbringenden Standorten kann sich für Handelsbetriebe zäh gestalten. Das gilt auch für den Möbelriesen Ikea, der seit zwei Jahrzehnten hierzulande eine Fläche sucht. Bevor die Möbelmanager mit dem Lustenauer Gemeindechef **Kurt Fischer** (54, VP) in Gespräche eintraten, hatten sie ihre Fühler nach Wolfurt zu Bürgermeister **Christian Natter** (57, VP) sowie Rankweil und Bludesch mit Gemeindechef **Michael Tinkhauser** (47, VP) ausgestreckt. Wobei sie in allen drei Kommunen geschlossene Türen vorfanden. Rankweils Gemeindechef **Martin Summer** (45, VP) macht aus seiner Ablehnung kein Geheimnis. In einer E-Mail an jene Lustenauer Initiative, die eine Volksabstimmung initiierte, verweist er auf „steuerliche Effekte“, die Rankweil vor Jahren gegen eine Ansiedlung des schwedischen Möbelgiganten votieren ließ. Auch aus seiner Sympathie gegenüber der Initiative und gegen Parteifreund und Bürgermeisterkollege Fischer macht Summer keinen Hehl: „Ich hoffe, die Lustenauer entscheiden richtig und somit gegen Handelsbetriebe an der Peripherie. Ich schätze euren Bürgermeister Fischer sehr und bedauere umso mehr, dass er sich beim Thema Ikea offensichtlich ‚verrannt‘ hat.“

WERBEGURU Lange war es ruhig in Hohenems. Nun geht Vizebürgermeister **Bernhard Amann** (63, Emsige) wieder in die Offensive. Der Vize attackiert Bürgermeister **Dieter Egger** (48, FP). Was dieser für Kommunikation ausbebe, stelle alles in den Schatten. 2018 betrage das Budget für Öffentlichkeitsarbeit 207.000 Euro, 2015



Dieter Egger (l.) und sein Vize Bernhard Amann werden wohl keine besten Freunde mehr. VN

waren es 44.000 Euro. Zudem nutze Egger das Stadtmarketing für Veranstaltungen, obwohl es für Betriebsansiedlungen gegründet worden sei. 178.400 Euro seien 2018 für „massenkulturelle Events“ reserviert worden, während den Kulturvereinen 254.700 Euro zur Verfügung stünden. Amann wundert sich, dass die VP von Obmann **Günther Mathis** (53) trotzdem dem Budget zustimme. Amanns Kommentar: „Hohenems inspiriert“ wird wohl bald durch „Hohenems kollabiert“ ersetzt. Der aktuelle Slogan erinnert schon an eine sektenähnliche Organisation.“

KLAGE IM RAUM Bei der Post AG ist nach wie vor die „Soko Post“ am Ermitteln. Postgeneraldirektor **Georg Pölzl** (60) höchstpersönlich hatte die interne Ermittlertruppe losgeschickt, sie soll die Gründe für massive Zustellprobleme in Vorarlberg aufklären. Ob Pölzl seine Drohung, den Postgewerkschafter **Franz Mähr** (50, SP) mit einer Unterlassungsklage zu konfrontieren, doch noch in die Tat umsetzen wird, gilt als fraglich. Der Postgeneral hatte Mähr jedenfalls schriftlich ein „Medienkontakt-Verbot“ erteilt. Mährs Aussagen in den VN sowie Leserbrief haben unter anderem zum Einsatz der „Soko Post“ geführt.

„Ich bin zehn Jahre lang in der **Urmutter** des Parlamentarismus gesessen, im Gemeinderat.“



Wolfgang Sobotka, VP
neuer NR-Präsident

„Wir haben mit der **Umweltverträglichkeitsprüfung ein bürokratisches Monster** geschaffen.“



Elisabeth Köstinger, VP
neue Umweltministerin

„Ich befürchte, dass nach den Landtagswahlen 2018 **Einschnitte im Sozialsystem** kommen.“



Hubert Hämmerle
AK-Präsident in den VN an die Adresse der schwarz-blauen Bundesregierung